

Calmer Calmbat

Nr. 217

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 5mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Mt., Familienanzeigen 35 Mt., Reklamen 200 Mt. x Schlüsselzahl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Montag, den 17. September 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 750 000 Mt. wöchentl. Postbezugspreis 750 000 Mt. ohne Postgeb. Einzelnummer 120 000 Mt. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die letzte Reichstanzlerrede hat in Paris ein schlechtes offizielles Echo gefunden. Poincaré ist wieder zu seinem üblichen Schand- und Verleumdungston übergegangen, indem er Deutschland des bösen Willens bezüglich der Reparationszahlungen und der Revanchevorbereitungen bezichtigt. Bevor die Reparationen nicht bezahlt seien, sei an die Räumung des Ruhrgebiets nicht zu denken. Außerdem wolle Frankreich konkrete Sicherungen gegen einen Ueberfall. Die Garantie der gegenwärtigen Grenzen durch die interessierten Staaten am Rhein oder durch den Völkerbund hält Poincaré ebenfalls nicht für genügend. Er will also einfach die „rheinische Republik“ von Frankreichs Gnaden als „Pufferstaat“. Die plötzliche erneute Verschärfung der Haltung der französischen Regierung scheint auf die Hoffnung eines baldigen Zusammenbruchs Deutschlands begründet zu sein.

Halbamtlich wird überdies aus Paris gemeldet, daß die von Deutschland bei Aufgabe des passiven Widerstandes gewünschte Garantie der baldigen Räumung des Ruhrgebiets nicht gegeben werden könne. Also auch hier keinerlei Aussicht für eine Verständigung. Herr Poincaré scheint den Bogen überspannen zu wollen.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kulling hat sich zur gegenwärtigen Lage geäußert. Er erklärte, Bayern werde den Reichstanzler unterstützen, wenn er der Neigung der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung zur Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich nicht entgegenkomme. Auch hält er die Gefahr eines Linksputschs für größer als die eines Rechtsputsches.

Neue Heß- und Lügenreden Poincaré's.

Keinerlei Verständigungswille!

Paris, 16. Sept. Ministerpräsident Poincaré hielt heute zwei politische Reden, die erste heute vormittag bei Gelegenheit der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Dun-sur-Meuse, die zweite heute Abend in dem unweit davon gelegenen Brioules-sur-Meuse. In der ersteren behandelte er die Reparationsfrage, in der zweiten die Frage der Sicherheit Frankreichs. Bezüglich der Reparationsfrage erklärte er, daß er begreife, daß es den Völkern, die den deutschen Einbruch nicht erfahren hätten, schwer falle, sich die Leiden Frankreichs und Belgiens vorzustellen. Bei der Unterzeichnung des Friedens hätten sich alle Alliierten gegenseitig das Versprechen gegeben und das besiegte Deutschland habe es geschworen (?), daß die begangenen Verbrechen (?) bestraft und alle Schäden an Personen und Sachen gutgemacht werden sollten. Alle Schäden seien sorgfältig in Listen aufgezählt. Für manche jedoch seien diese Vorschriften schon tote Buchstaben und die Ereignisse gehörten für sie schon der Vergangenheit an. Frankreichs Rechte seien aber in den Verträgen niedergelegt und es sei unrichtig zu befürchten, daß durch diese Rechte irgend jemand geschädigt werden könnte. Weder eine neutrale Kommission, noch internationale Sachverständige, noch die internationale Fideikommission, selbst nicht einmal der Völkerbund hätten vom Versailler Vertrag die Aufgabe erhalten, die Höhe der deutschen Schuld festzustellen, oder die Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie bezahlt werden solle. Dieses Recht habe nur die Reparationskommission, die von Deutschland ausdrücklich anerkannt worden sei. Wenn man sie besette schieben wolle, so geschehe dies, weil man glaube, daß sie neuen Konzessionen wenig geneigt sei. Diese neuen Konzessionen würden aber den übernommenen Verpflichtungen zuwiderlaufen und das genüge, das sie Frankreich ablehne. Es werde das Pfand, das es in der Hand habe, behalten, bis es befriedigt worden sei. — Bei der Behandlung der Sicherheit Frankreichs erklärte Poincaré, daß Deutschland seit mehreren Monaten die Tätigkeit der Interalliierten Kontrollkommission lahmlege, und behauptete, daß es heute in Mülse Kanonen, Flugzeuge und Munition bei sich oder in anderen Ländern herstellen und in einigen Jahren bewaffnet und zur Revanche bereit sein könne. Es diskreditiere in der Welt die treuen, schwarzen Truppen, weil es nicht wolle, daß Frankreich eine Nation von 100 Millionen sei und weil es sich schmeichelt, Frankreich durch seine Ueberzahl rasch

beherrschen zu können. Dieses Deutschland gebe heute Zusicherungen mit Worten, die von gewissen Publizisten und Politikern günstig aufgenommen worden seien. Mit der Schaffung des Völkerbundes sei der Grundsatz aufgestellt worden, daß alle Nationen, die daran teilnehmen, sich gegenseitig ihre Gebiete garantieren. An dem Tage, an dem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe, stehe es ihm frei, seine Zulassung zum Völkerbund zu verlangen. Und wenn es Mitglied sei, würden Frankreich und Deutschland sich gegenseitig durch ihre Zugehörigkeit zum Bunde gegeneinander sichern. Ein Pakt für die Rheingrenze aber würde den allgemeinen Pakt schwächen, wenn er sich nicht auf die Grenzen der Tschechoslowakei und Polens beziehen würde, denn Deutschland würde einen Angriff weit vom Rhein ab beginnen und sich gegen Frankreich wenden, wenn es seine Alliierten schützen wolle. Ein Garantiepakt könne für Frankreich keinerlei praktischen Wert haben, wenn er im Falle eines Angriffes keine rasche und wirkungsvolle militärische Sicherheit garantiere. Poincaré wies dabei auf die Abmachungen zwischen den französischen und den britischen Armees- und Marinegenerälen vor dem Kriege hin und betonte, daß Frankreich trotzdem lange Monate allein die größte Last des Krieges zu tragen gehabt habe, und Garantiepakte, die nicht auf einem technischen Abkommen analog den früheren beruhten, würden Frankreich im Augenblick der Gefahr wieder allein oder fast allein lassen. Diese Garantiepakte würden aber außerdem als Friedenssymbol überall begehrt und von Frankreich verlangt werden, daß es abräufe. Wenn aber die Stunde komme, würde es von einem zahlenmäßig überlegenen, besser vorbereiteten und besser ausgerüsteten Feinde überfallen werden. Ferner werde das Garantieangebot mit dem Singulären gemacht, daß Frankreich, wenn es so durch einen Haufen Unterschriften geschützt sei, nun doch wohl bereit sein werde, das linke Rheinufer zu räumen, bevor die festgesetzten Fristen abgelaufen seien. So gedenke man es mit dem Trugbild einer illusorischen Garantie um positive Garantien zu bringen. Bekannt sei aber, daß alle französischen Regierungen seit 1919 erklärt hätten, daß die Besetzungsfristen für das linke Rheinufer noch nicht zu laufen begonnen hätten, da Deutschland seine Vertragsverpflichtungen nicht ausgeführt habe. Trotzdem versuche man die Fristen abzukürzen, wodurch der deutsche Militarismus in den Stand gesetzt wäre, neue Prestige- und Eroberungskriege vorzubereiten. Das sei ein Spiel, zu dem sich Frankreich nicht hergeben werde. Weder in dieser, noch in der Reparationsfrage werde es sich mit dem Scheine begnügen.

Eine großsprecherische Rede des französischen Kriegsministers.

Paris, 16. Sept. In Poperinghe sprach heute der französische Kriegsminister in Anwesenheit des belgischen Kriegsministers aus Anlaß der Verleihung des französischen Kriegskreuzes an die belgische Gemeinde Poperinghe. Er sagte zum Schluß seiner Rede, Deutschland könne zahlen, wenn es wolle. Was ihm aber fehle, das sei der gute Wille dazu. Durch die Besetzung des Ruhrgebiets habe Frankreich Deutschland genügend die Tatsache bekräftigt, daß es Sieger (?) sei und daß es ein Gläubiger sei, der entschlossen sei, Genugtuung zu verlangen.

Keine französischen Garantien für die baldige Räumung des Ruhrgebiets

Eine halbamtliche französische Erklärung.
Paris, 17. Sept. Das „Petit Journal“ veröffentlicht eine offenbar beeinflusste Nachricht, worin es heißt, die französische Regierung kenne die Absichten der deutschen Regierung nur aus der letzten Reichstanzlerrede. Die Unterhaltungen zwischen dem französischen Botschafter und dem deutschen Reichstanzler bedeuteten sicher eine Entspannung, aber sie hätten noch zu keinem Ergebnis geführt. Das Blatt glaubt sogar zu wissen, daß diese Unterhaltungen seit einigen Tagen unterbrochen sind oder sich auf die Behandlung laufender Geschäfte beschränken. Die Anwesenheit des Delegierten der Reparationskommission Haguenin in Berlin habe keinen anderen Zweck gehabt, als diese Kommission über die allgemeine Lage Deutschlands zu unterrichten. Haguenin sei niemals mit einer Sondermission betraut gewesen. Für den Augenblick, so fährt das Blatt fort, scheint es, als ob die deutsche Regierung den endgültigen Verzicht auf den passiven Widerstand nur unter der Bedingung ins Auge fassen kann oder will, daß sie vorher die Versicherung erhält, daß das Ruhrgebiet mehr oder weniger rasch vollkommen geräumt wird. Es versteht sich von

selbst, daß eine derartige Auffassung in Paris für völlig unzulänglich gehalten wird. Die französische Regierung glaubt, daß diese Auffassung weder der wirklichen Lage in Deutschland, noch dem Standpunkt der französischen Regierung entspricht, der ja durch die wiederholten Erklärungen der Befehlsmächte bekannt ist.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete zur Ruhr- und Reparationsfrage.

Berlin, 15. Sept. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Fuchs, erklärte dem Mitarbeiter des „B. T.“, zu der letzten Verordnung der Rheinlandkommission über die Besetzung freier Beamtenstellen durch die Kommission, daß die Rheinlandkommission angeblich diese Verordnung erlassen habe, weil sie damit die Möglichkeit einer geordneten Verwaltung gewährleisten wolle. Wenn es der Rheinlandkommission um die Wiederherstellung einer geordneten Verwaltung zu tun sei, so hätte sie nichts anderes nötig, als die ausgewiesenen Beamten wieder einzusetzen. Aber alle Vertriebenen sind ja nur deshalb ausgewiesen worden, weil sie sich den Nachzügen der Rheinlandkommission nicht fügen wollten. Der Verordnung der Rheinlandkommission kommt lediglich den Bestrebungen der Separatisten entgegen. Hinsichtlich des passiven Widerstandes sagte der Minister, das Rheinland und das Ruhrgebiet hätten überhaupt keinen passiven Widerstand geleistet, um zu der Reparationsfrage selbst Stellung zu nehmen, sondern lediglich um sich einer beabsichtigten Zerstückelung Deutschlands zu widersetzen. Zur Frage des Abbaues der Ruhrkredite erklärte der Minister, die Arbeitnehmerschaft des Ruhrgebiets brauche sich wegen ihrer Zukunft nicht zu beunruhigen. Die Reichsregierung werde selbstverständlich auch weiterhin für sie sorgen. Der Minister schloß mit den Worten: Seit Beginn der Arbeit des Kabinetts war und ist es sein Bestreben, den Ruhrkonflikt wie überhaupt das gesamte Reparationsproblem sobald wie möglich zu einem ehrenvollen Abschluß zu bringen.

Eine Entschlieung des Badischen Zentrums.

Freiburg, 17. Sept. Der Landesparteitag der badischen Zentrumspartei nahm eine Entschlieung an, in der das badische Zentrum jeden Schritt begrüßt, der zu einer Verständigung mit Frankreich führen könnte, ohne die territoriale Unversehrtheit des Reiches und seine staatliche Hoheit zu verletzen und der der Leistungsfähigkeit des deutschen Volks keine unerträglichen Opfer zumutet. Die Entschlieung verlangt, daß die persönliche Freiheit und die Rückkehrmöglichkeit der aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen sichergestellt wird.

Die französisch-belgische Gewaltpolitik. Angeheuerliche Gewalturteile.

Essen, 13. Sept. Die im Zuchthaus zu Werden von den Franzosen gefangen gehaltenen Herren Dr. Dresbach und Czypgen standen am 7. September vor dem Werbener Kriegsgericht. Dresbach erhielt ein halbes Jahr Gefängnis und 100 Goldmark Geldstrafe. Weiden wird die Untersuchungsshaft angerechnet. Die Anklage lautete auf Gehorsamsverweigerung wegen Nichterscheinung amtslicher Akten bei der am 27. März erfolgten Durchsuchung der Handelskammer, sowie auf die Inkaufsetzung eines gegen Degoutte gerichteten Flugblattes.

Dortmund, 14. Sept. In der gestrigen Sitzung des französischen Kriegsgerichtes hatte sich aus Anlaß der Erschießung der beiden französischen Adjutanten in der Nähe des Lufenhospitals der am 10. Juni verhaftete stellvertretende Polizeipräsident von Dortmund, Regierungsrat Martinus, wegen Einstellung des früheren Schupobeamten Balduan als Polizeibeamten zu verantworten. Balduan soll seinerseits den einen französischen Adjutanten erschossen haben. Er selbst wurde von einer französischen Patrouille auf der Flucht erschossen. Das Gericht verurteilte Martinus zu dreieinhalb Jahren Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe. Der Polizeikommissar Stein wurde in Abwesenheit zu 5 Jahren Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe verurteilt.

Der systematische Geldraub.

Paris, 14. Sept. Havas meldet aus Düsseldorf, daß in Bochum 500 und in Düsseldorf 100 Milliarden Mark beschlagnahmt worden seien.

Beschränkung des Postverkehrs nach dem besetzten Gebiet.

Berlin, 13. Sept. Die von der Postverwaltung bekannt gegebene Verordnung der Einbruchsmächte über den Warenverkehr aus dem unbesetzten Deutschland nach dem besetzten Gebiet wurde vielfach nicht beachtet. Dies führte zu einer Verschärfung der Zollmaßnahmen, zur Beschlagnahme ganzer Postladungen, sowie zur Verhaftung von Postbeamten. Der Postverkehr aus dem unbesetzten Deutschland nach dem besetzten Gebiet, mit Ausnahme des badischen Einbruchgebietes, wurde daher bis auf weiteres auf die Beförderung von Lebensmitteln beschränkt. Andere Waren sind weder in Brief- noch in Paketsendungen zugelassen. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Zur auswärtigen Lage.

Der „friedensfördernde“ Völkerbund.

Bertragung, um — eine Aussprache zu vermeiden.
Genf, 15. Sept. Nachdem die Völkerbundsversammlung gestern von neuem die Aussprache über den letzten Bericht vertagt hatte, vertagte sie sich heute selbst bis nächsten Mittwoch. Für diese Vertagung wird als Grund angegeben, daß der Wunsch bestehe, eine Aussprache über die aktuellsten politischen Fragen zu vermeiden.

Die Ententebotschafterkonferenz zum griechisch-italienischen Konflikt.

Paris, 14. Sept. Havas veröffentlicht den Wortlaut des von der Botschafterkonferenz an den Völkerbund gerichteten Schreibens vom 13. September 1923, in dem die Botschafterkonferenz die Überzeugung ausdrückt, daß die von ihr getroffenen Bestimmungen geeignet seien, die durch die Ermordung der italienischen Mission geschaffene Lage in befriedigender Weise zu regeln, sowie den Wortlaut der an die diplomatischen Vertreter der Mächte in Athen gerichteten Note, der dem Schreiben beigegeben ist. Der darin enthaltene Beschluß vom 13. September sieht vor, daß die griechische Regierung ihre Entschuldigung bei den diplomatischen Vertretern der Mächte am 18. September vorbringt, daß die Trauerfeier für die Opfer in Athen am 19. September, vormittags 10 1/2 Uhr stattfindet und daß am gleichen Tage in Prevesa die Leichen der Opfer an Bord gebracht werden, wobei ihnen die militärischen Ehren zu erweisen sind, und daß ebenfalls am gleichen Tage die interalliierten Kriegsschiffe vor Phaleron ankommen. Die Einzelheiten betreffend den Salut der griechischen Flotte im Hafen von Phaleron werden dem griechischen Gesandten in Paris mitgeteilt werden. Zum Schluß bestimmt die Note, daß die interalliierte Kontrollkommission am 17. September in Janina ihre Arbeiten beginnt und spätestens fünf Tage darauf ihren ersten Bericht der Botschafterkonferenz telegraphisch. Sollten bis dahin die Schuldigen nicht entdeckt sein, wird die Kommission über die Nachforschungen im einzelnen Bericht erstatten. Die Botschafterkonferenz wird an der Hand dieses Berichtes feststellen, ob die diesbezüglichen Bedingungen ihrer Note vom 8. September als erfüllt zu betrachten seien. Verneinendenfalls behalte sich die Konferenz vor, Griechenland etwaige Zwangs- oder Strafmaßnahmen mitzuteilen. Was die Besetzung von Korfu anbelangt, so habe die italienische Regierung wissen lassen, daß sie entschlossen sei, die Insel auf alle Fälle am 27. September, dem für den Abschluß der Unternehmung vorgesehenen Tag, zu räumen. Die erwähnten Maßnahmen anderer Art könnten in erster Linie in der Zahlung einer Summe von 50 Millionen Lire an Italien bestehen. Die Botschafterkonferenz werde in diesem Falle den Internationalen Gerichtshof in Haag auffordern, Griechenland von der von ihm deponierten Kaution zu entlasten und werde auf jede Inanspruchnahme der Gerichtshofs verzichten, vorbehaltlich besonderer Anträge Italiens in Haag wegen der Besetzungskosten.

Rücktritt der Regierung von Fiume.

Rom, 17. Sept. Die Regierung von Fiume ist zurückgetreten.

Die Diktatur in Spanien.

Paris, 16. Sept. Das „Journal“ berichtet aus Madrid: Am Freitag Abend fand an der Grenze eine Zusammenkunft liberaler Politiker statt. Im Verlaufe der Beratungen sind wichtige Entschlüsse über die zukünftige Haltung der liberalen Partei gefaßt worden. Graf Romanones erklärte dem Berichterstatter des „Journal“, niemand könne sich Rechenschaft darüber ablegen, wie gefährlich die augenblickliche Lage sei. — General Primo de Rivera erklärte dem Korrespondenten des „Matin“ in Madrid, er werde den früheren Außenminister Alba verhaften lassen. Falls dieser die Grenze überschreite, werde er ihn holen. Sein Prozeß habe begonnen, er werde der Strafe nicht entgehen.

Paris, 16. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Madrid ist durch eine Verordnung der General Primo de Rivera zum Präsidenten des Militärdirektoriums ernannt worden. Ferner wird die Besetzung sämtlicher Ministerposten und der Ministerpräsidentenschaft bestimmt. Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium wird beibehalten. Die laufenden Angelegenheiten werden von kompetenten Beamten geleitet, während die wichtigeren Geschäfte dem Präsidenten des Direktoriums vorbehalten werden. Sie bedürfen auch der Zustimmung des Königs.

London, 15. Sept. Der „Daily Express“ erhielt von dem Führer der spanischen Militärrevolution, Primo de Rivera, der vom König mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt worden ist, ein Telegramm, worin der General versichert, die Bewegung in Spanien verfolge keine anderen Zwecke, als die Wiederherstellung der Moral im politischen

Ämtliche Bekanntmachung.

Betreff: Festsetzung des Wertes der Sachbezüge für die Zwecke der Reichsversicherung.

Die zum Entgelt im Sinne der Reichsversicherungsordnung gehörigen Sachbezüge werden auf Grund der Richtlinien des Oberversicherungsamtes nach § 160 Abs. 2 der R. V. O. für den ganzen Oberamtsbezirk Calw mit Wirkung vom 3. September 1923 ab in folgenden Tageswerten festgesetzt:

1. Arbeitnehmer mit einfacheren Dienstleistungen:

a) männl. Einzelpersonen über 16 Jahren:

| | |
|--------------------------------------|--------------|
| 1. Verpflegung | fl. 1200 000 |
| 2. Wohnung | „ 60 000 |
| 3. Heizung und Beleuchtung | „ 35 000 |

b) weibl. Einzelpersonen über 16 Jahren:

| | |
|--------------------------------------|--------------|
| 1. Verpflegung | fl. 1080 000 |
| 2. Wohnung | „ 55 000 |
| 3. Heizung und Beleuchtung | „ 30 000 |

c) männl. u. weibl. Personen unter 16 Jahren:

| | |
|--------------------------------------|-------------|
| 1. Verpflegung | fl. 960 000 |
| 2. Wohnung | „ 50 000 |
| 3. Heizung und Beleuchtung | „ 25 000 |

d) Familien:

| | |
|--------------------------------------|------------|
| 1. Wohnung | fl. 80 000 |
| 2. Heizung und Beleuchtung | „ 50 000 |

2. Arbeitnehmer mit höheren Dienstleistungen: (Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung.)

a) männl. Einzelpersonen:

| | |
|--------------------------------------|--------------|
| 1. Verpflegung | fl. 1650 000 |
| 2. Wohnung | „ 85 000 |
| 3. Heizung und Beleuchtung | „ 45 000 |

b) weibl. Einzelpersonen:

| | |
|--------------------------------------|--------------|
| 1. Verpflegung | fl. 1500 000 |
| 2. Wohnung | „ 75 000 |
| 3. Heizung und Beleuchtung | „ 40 000 |

c) Familien:

| | |
|--------------------------------------|-------------|
| 1. Wohnung | fl. 100 000 |
| 2. Heizung und Beleuchtung | „ 40 000 |

Die bisher in Geltung befindlichen Sätze von 24. 8. 1923 treten mit obigem Termin außer Kraft.

gez. Bügel, Amtmann A.-B.

und Verwaltungssystem. Die Bewegung halte an der Treue zum König unbedingt fest. — Die Engländer haben wohl Befürchtungen wegen Gibraltar gehegt.

Ausland.

Dr. Cuno in New-York.

Paris, 15. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus New York ist der ehemalige Reichszkanzler Dr. Cuno dort angekommen. Er habe erklärt, Deutschland sei sich klar darüber, daß es den Krieg verloren habe. Es wünsche nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit zu bezahlen. Er selbst sei nach den Vereinigten Staaten weder wegen eines internationalen Anleiheprojekts im Interesse Deutschlands noch wegen Schiffsangelegenheiten gekommen.

Neue Erdstöße in Japan.

London, 17. Sept. Reuters meldet aus Tokio: Während der letzten 24 Stunden wurden mehrere starke Erdstöße verspürt. Einige beschädigte Häuser brachen insollgedessen vollends zusammen.

Das Wiederaufbauprogramm in Japan.

Paris, 15. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Tokio wird die zum Wiederaufbau von Tokio und Yokohama erforderliche Summe auf annähernd 10 Milliarden Yen geschätzt. Sämtliche Banken Japans haben sich zur Bildung eines Syndikats zusammengeschlossen, das die Regierung beim Wiederaufbau der zerstörten Städte unterstützen soll. Das Syndikat wird sich das über die zur Verfügung stehenden Kapitalien hinaus erforderliche Geld durch eine auswärtige und eine innere Anleihe verschaffen. Die japanischen Banken und Versicherungsgesellschaften und das Publikum haben bis jetzt 50 Millionen Yen zu dem Hilfswerk beigezeichnet. In Osaka wird, nach einer weiteren Havas-Meldung offiziell mitgeteilt, daß die in den heimgekehrten Gebieten wohnenden Personen völlig oder teilweise von der Einkommensteuer und der Steuer auf die Unternehmungen befreit werden. Die Herabsetzung erfolgt nach Maßgabe der erlittenen Verluste. Die Bezahlung der Landessteuer wird aufgeschoben. Die Einfuhrabgabe auf Baumaterialien wird vorübergehend herabgesetzt oder fallen gelassen.

Deutschland.

Der bayrische Ministerpräsident zur Lage.

Gunzenhausen, 17. Sept. Hier sprach gestern auf der Tagung des Bayerischen Bauernvereines Ministerpräsident Dr. v. Knilling. Er sagte unter anderem, Reichszkanzler Dr. Stresemann habe die Absicht zu erkennen gegeben, sich für seinen Teil auf ein gutes Auskommen mit Bayern einzustellen. Wir warten auf die Taten des neuen Kabinetts und hoffen, daß der Reichszkanzler auch die nötige Kraft im gebieterischen Augenblick wird aufbringen können. Zur Zeit gilt das allgemeine Interesse der Fühlungnahme des neuen Reichszkanzlers mit Frankreich zum Zwecke der Sanierung des Reparationskonfliktes. Der Reichszkanzler hat wiederholt betont, daß die deutsche Souveränität über das Ruhrgebiet festgehalten werde und daß das Ziel nur die Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebietes sein könne und dürfe. Aber es besteht auch die Gefahr, daß bei dem großen Einfluß und dem Druck von links die Reichsregierung schließlich weiter abgedrückt wird, als sie selbst anfänglich wollte. Diese Bedenken

haben wir in Berlin nachdrücklich zum Ausdruck gebracht und er sucht, bei weiteren Schritten unseren Bedenken Rechnung zu tragen. Die Grenze ist für Deutschland Frankreich gegenüber gezogen durch die nationale Ehre und Würde und durch die Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft. Dr. von Knilling wies dann auf die Gerüchte hin, die von einer Diktatur, teils von rechts, teils von links sprechen.

Es heiße, sich auf alle Möglichkeiten vorzubereiten, ohne den Boden von Ruhe und Ordnung und Gesetzmäßigkeit zu verlassen. Jede Trennung vom Reich weise man in Bayern weit von sich zurück. Die vaterländischen Verbände seien ein Gegengewicht gegen die marxistische Gefahr und gegen die kommunistischen Umsturzpläne. Die vaterländischen Verbände dürften aber unter keinen Umständen mit abenteuerrischen Plänen spielen. Es könnten schon bald Ereignisse eintreten, die die Zusammenfassung aller vaterländisch eingestellten Kreise gebieterisch erheischen. Dazu sei das vertrauensvolle Zusammenwirken mit einer national eingestellten Regierung nicht zu entbehren. Darum müssen wir alle für diese Geschlossenheit arbeiten. Die Bekämpfung und Unterdrückung der komm. Gefahr muß für jede Reichsregierung Gegenstand ernster Sorge sein. Wir in Bayern sind nicht gewillt, nochmals den komm. Sumpf mitzumachen. Es sei zu befürchten, daß die nächste Zukunft uns vielleicht vor noch viel schwerere Prüfungen stellt. Als staatserhaltende Kraft muß Bayern sich um die Reichsregierung scharen zum Schutze der Ordnung.

Einführung der Wahlpflicht in Preußen.

Berlin, 14. Sept. Bei der Beratung des Landeswahlgesehes im Verfassungsausschuß des preussischen Landtages wurde mit großer Mehrheit in vorläufiger Abstimmung die Einführung der Wahlpflicht beschlossen. Die Frage des Ersatzes von Abgeordneten, die durch Tod, Ablehnung oder aus sonstigen Gründen auscheiden, werde dahin geregelt, daß der neu aufrückende Abgeordnete aus den auf den Wahllisten Verzeichneten genommen wird. Die Auswahl treffen die Unterzeichner des Landeswahlvorschlages, in der Praxis also die Parteileitungen.

Die Schulen und die Kohlennot.

Berlin, 14. Sept. Am angesichts der Finanznot an Heiz- und Beleuchtungsmitteln zu sparen, hat der Magistrat beim Provinzialschulkollegium die Zusammenlegung der Herbstferien mit den Weihnachtsferien in sämtlichen Schulen Berlins beantragt.

Der Reichsrat und die Erwerbslosenfrage.

Berlin, 14. Sept. Bei den Ausschlußberatungen des Reichsrats über die Frage der Erwerbslosenfürsorge ergab sich, daß die Zahl der Erwerbslosen von 185.000 am 1. Juli auf 300.000 am 1. September gestiegen ist und daß eine weitere gewaltige Steigerung in Aussicht steht. In Sachsen soll stellenweise die Hälfte aller Betriebe stillgelegt werden. Die Gesamtausgaben des Reiches für die Arbeitslosenfürsorge sind in dieser Woche bereits auf 6 Billionen täglich gestiegen. Die Regierung soll ersucht werden, eine produktive Erwerbslosenerziehung i. d. m. d. a. zu erwirken, eine produktive Erwerbslosenfürsorge schnell und nachdrücklich zu fördern und der Stilllegung von Betrieben entgegenzuwirken. Ferner erklärte sich der Reichsrat mit einer Verdoppelung der Steuerbeiträge bei der Lohnsteuer einverstanden.

Eisenbahnunglück.

Karlsruhe, 17. Sept. Am Samstag abend entgleiste bei der Einfahrt in den Bahnhof Jöhningen von dem Personenzug 318 der vierte Personenzug. Getötet wurde ein männlicher Reisender, dessen Person noch nicht festgestellt ist. Schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt wurden zwei weibliche Personen. Der Verkehr ist nicht gestört.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. September 1923.

Fußballsport.

Fußballverein Altensteig I — Fußballabteilung des Turnvereins Calw II. 2:2 (2:1).

Ligareferve F.C. Birkenfeld — Fußballabteilung des Turnvereins Calw I. 1:5 (0:3).

Herrliches Fußballwetter lockte eine ansehnliche Zuschauermenge auf den Windhof. Als Vorspiel sah man die II. Mannschaft Calws und die I. Altensteigs im fairen Kampfe. Letztere Mannschaft besiegte vor 8 Tagen die B-klassige Mannschaft des Fußballvereins Nagold. Umso ehrenvoller ist das Unentschieden, das die Einheimischen gegen die körperlich überlegenen Altensteiger errangen. Der II. Mannschaft ein Gesamtlob. — Einige Minuten später piff der Schiedsrichter zum Spiel der I. Mannschaften. Die Einheimischen in veränderter Aufstellung in der Läuferreihe und im Sturm. Calw hat Anspiel. Der Ball zieht hin und her. Beide Verteidigungen sind schon stark beansprucht. Der linke Verteidiger der Gäste zeigt sich oft als Retter in der Not. Im ersten Eifer kommen auch einige „Hände“ vor. Nachdem sich beide Seiten abgetastet haben, entwickelt sich ein ruhiges Spiel, das von Calw durch starken Paß beherrscht wird. In der zehnten Minute ein schönes Stürmerpiel, durch welches ein haltbarer Schuß im Gegentor landete. Birkenfeld sucht den Ausgleich zu erringen. Halbrechts schießt scharf — daneben. Die Calwer Läuferreihe gewinnt mehr an Boden und versorgt ihren Sturm sehr gut mit Bällen. Doch ein Erfolg kann infolge der guten Verteidigung nicht erzielt werden. Die Calwer Läufer erzielen in Bedrängnis nur noch „Kerzen“. Ein langer Schuß aus der Verteidigung wird vom Calwer Mittelfürmer zum Durchbruch aufgenommen. Aus rasendem Lauf sendet er unter gro-

gebracht und er-
n Rechnung zu
reich gegenüber
durch die Not-
Knilling wies
natur, teils von

berichten, ohne
Bemerkung zu
an in Bayern
Verbände seien
schr und gegen
wäterländischen
den mit aben-
n bald Ereig-
er väterländisch
Dazu sei das
national ein-
arum müssen
Die Bekämp-
muf für jede
ein. Wir in
Sumpf mit-
Zukunft uns
stellt. Als
die Reichsre-

reuzen.

Landeswäh-
n Landtages
Abstimmung
geschlossen. Die
urch Tod, Ab-
eiden, werde
geordnete aus
en wird. Die
ndeswählor-
en.

ot.

anznot an
t der Magi-
mmenlegung
n sämtlichen

enfrage.

des Reichsrats
sch, daß die
uf 300.000 am
ere gewaltige
ellenweise die
amtausgaben
dieser Woche
Regierung soll
wüßig id3mda
sorge schnell
on Betrieben
rat mit einer
teuer einver-

ntgleiste bei
on dem Per-
stötet wurde
nicht festge-
verleht wur-
nicht gestört.

ber 1923.

des Turn-

eilung des

hnliche Zu-

ah man die

en feigs

e vor 8 Ta-

ins Nagold.

die Einhei-

stzeiger er-

Einige

Spiel der

berter Auf-

lw hat An-

teidigungen

eidiger der

ersten Eifer

beide Sei-

Spiel, das

en der zeh-

welches ein

enfeld sucht

hem Beifall ein. Birkenfeld stellt seine Mannschaft um. Das sollte ihm zum Verhängnis werden. Der rechte Flügel verdirbt die schönsten Ausflüchte durch abseits. Vor Halbzeit zeigen sich die Einheimischen stark überlegen. Durch schönes Innenspiel ist auch bald ein unhaltbares No. 3 fertig. Kurz darauf ist Halbzeit. Nach der Pause kommt ein ganz frischer Zug ins Spiel. Die Läuferreihe Calws greift zu spät ein und eine prächtige Flanke von rechts verwandelt der Birkenfelder Mittelstürmer zum ersten Tor für seine Farben. Die Gegner werden immer eifriger und ihrerseits etwas scharf. Die Hintermannschaft Calws arbeitet jedoch sicher. Immer wieder ist es der rechte Flügel der Einheimischen, der den Sturm nach vorne zieht. Auch der linke Flügel zeigt sich heute in gutem Lichte. Durch Unglücksfall mußte der Calwer Halbrechts ausscheiden, was eine große Schwächung bedeutete. Einen schönen Flankelauf beschließt der Calwer Rechtsaußen durch glänzenden Schrägschuß, welcher im Gegnerkasten landete. Das schönste Tor des Tages! Obwohl Birkenfeld immer noch stark im Angriff liegt, kann es keine Tore mehr buchen. Auch einige Ecken verlaufen hüben und drüben erfolglos. Eine Flanke von rechts wird von der Mitte zum 5. Tore eingelenkt. Noch ein Durchbruch des Gegnersrechtsaußen, welcher jedoch vom linken Verteidiger abgestoppt wird und das Spiel war beendet. Birkenfeld ist eine gute Mannschaft und hinterläßt durch schönes Feldspiel einen guten Eindruck. Das Reklamieren gegen den Schiedsrichter sollte unterlassen werden. Die Mannschaft hatte heute sichtlich Pech. Die Einheimischen zeigten sich in guter Form. Im Sturm ein frischer Zug. Hier hat sich die Umstellung sehr gut bewährt. Auch die Hintermannschaft war gut. Die ganze Mannschaft war vom Siegeswillen befeuert, weshalb auch der Erfolg nicht ausblieb. Möge es auch so in den kommenden Verbandsspielen sein! I-i.

Christlicher Verein junger Männer.

Wir feiern am nächsten Sonntag unseren 60. Geburtstag. Da wollen wir uns mit der Gemeinde, deren Glied wir sind und der wir dienen, zu einem Fest zusammenfinden. Der Charakter dieses Festes ist durch die Parole gegeben, die heute über der großen christlichen Jugendbewegung, der wir angeschlossenen sind, steht: Die Königsherrschaft Jesu Christi unter der jungen Männerwelt. Wie wir den Sonntag ausgestalten, wird in der Zeitung bekannt gegeben werden. Damit sollen alle die vielen Gemeindeglieder herzlich eingeladen werden, denen wir keine Einzelseinladung schicken konnten. Hier ein paar Vorbemerkungen: Der sonntägliche Gemeindegottesdienst soll unser Festgottesdienst sein, bestehend aus Predigt und Festkulturgie. Für die Predigt haben wir Stadtpfarrer Kohler von Degerloch, den alten Bundesdirektor der württembergischen Jünglingsvereine gewonnen. Dann wollen wir auf dem Marktplatz zusammenfinden und im Anschluß daran durch die Stadt ziehen, nicht um eine Demonstration zu veranstalten, sondern um unserer Jugend Gelegenheit zu geben, auch vor der breiten Öffentlichkeit sich zu unserer Sache zu bekennen. Unsere auswärtigen Gäste und unsere Bläser werden uns dabei unterstützen. Nachmittags wird die Hauptfeier in der Kirche stattfinden. Jedermann ist willkommen. Dabei soll die Eigenart unserer Arbeit kräftig zum Ausdruck kommen. Wir werden deshalb aus unserer Geschichte erzählen und zeigen, daß Calwer Männer wie Sunder und Barth für die christliche Jugendarbeit nicht bloß in unserer Stadt Bedeutung gewonnen haben. Freilich waren die Anfänge vor 60 Jahren nicht so leicht. Ein Gespräch aus jener Zeit wird uns sagen, daß nur ein leuchtendes Zukunftsideal jenen Pionieren

unserer Arbeit die Freudigkeit zu ihrem Werke geben konnte. Was heute von diesem Ideal — wir sagen's mit Dank gegen Gott — Wirklichkeit geworden ist, wollen wir in einer schlichten sinnbildlichen Handlung darstellen. Am Altar werden sich unsere drei Gruppen um das Kreuzifix scharen und singend ihr Bekenntnis ablegen. Für den ganzen Tag erbitten wir die Teilnahme und die Unterstützung der Gemeinde, vor allem auch in der Bereitstellung von Quartieren. Das Fest soll der inneren Größe unserer Arbeit würdig werden. G.

Unterbringung Ausgewiesener in Württemberg.

Den neuesten Mitteilungen aus Darmstadt zufolge nehmen die Ausweisungen von Eisenbahnbeamten aus Rhein-Preußen ihren ungehämerten Fortgang. Württemberg kann sich deshalb der Verpflichtung nicht entziehen, weitere Ausgewiesene im Land unterzubringen. Erneut wird deshalb der Opfergeist der Bevölkerung zur Bereitstellung weiterer Unterkünfte angerufen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es gelingt, auch die kommenden Transporte ebensogut in Württemberg unterzubringen wie die bisherigen. Besonderer Dank gebührt allen, die an der Unterbringung der rund 450 hessischen Familien im Land mitgewirkt haben, und zum Voraus denen, die auch in Zukunft dieses Hilfswerk unterstützen.

Änderung der Schlüsselzahl für die Personen- und Gepäcktart.

Vom 18. September 1923 an beträgt die Schlüsselzahl für die Personen- und Gepäcktart 9 000 000. Monatskarten werden zum bisherigen Preise nicht mehr ausgegeben; die bisher gelösten Monatskarten behalten ihre Gültigkeit. Die Gültigkeit der alten Fahrkarten bleibt unverändert. Wie bei den früheren Erhöhungen werden die Fahrkarten, die vom 15. bis 17. verkauft werden, mit dem Datum des 17. September abgestempelt. Auch die am 15. und 16. September gelösten und mit dem 17. September abgestempelten Fahrkarten gelten bis 20. September 1923 nachts 12 Uhr. Den Reisenden, die vom 18. bis 20. September noch zu den alten Preisen fahren wollen, wird zur Vermeidung eines größeren Schalterandrangs empfohlen, von der Vorauslösung der Fahrkarten ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Anzeigen-Schlüsselzahl 12 000

Bezugspreis der Zeitungen für Groß-Stuttgart wöchentlich.

| | | |
|-----------------------------|-------------|-------------|
| Stuttgarter Neues Tagblatt | M 4 500 000 | wöchentlich |
| Süddeutsche Zeitung | " 4 500 000 | " |
| Schwäbischer Merkur | " 3 700 000 | " |
| Schwäbische Tagwacht | " 3 500 000 | " |
| Süddeutsche Arbeiterzeitung | " 3 500 000 | " |
| Württembergische Zeitung | " 3 500 000 | " |
| Deutsches Volksblatt | " 3 500 000 | " |
| Eßlinger Zeitung | " 3 300 000 | " |
| Cannstatter Zeitung | " 3 200 000 | " |
| Untertürkheimer Zeitung | " 3 200 000 | " |
| Eßlinger Volkszeitung | " 3 200 000 | " |

Tollwut.

Die Tollwut hat im nördlichen und mittleren Teil Deutschlands sowie im benachbarten Bayern bedrohliche Ausbreitung erlangt. Aus Mittel- und Unterfranken ist die Seuche vor kurzem auch nach Württemberg einge-

schleppt und es sind bereits mehrere Personen von einem wutkranken Hunde gebissen worden. Verleucht sind gegenwärtig sechs Ortlichkeiten des Bezirks Mergentheim; neben einer Anzahl Hunde ist auch eine Kuh der Krankheit zum Opfer gefallen. Da wutkranken Hunde zu Anfang der Krankheit lange Strecken zurücklegen können und unterwegs angetroffene Menschen und Tiere zu beißen pflegen, so droht der Bevölkerung und den Tierbeständen eine ungeheure Gefahr, der mit allem Nachdruck zu begegnen ist. Es ist daher Vorsorge getroffen, daß zur Bekämpfung der gefährlichen Seuche die scharfen Maßnahmen, die im Viehseuchengesetz und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vorgesehen sind, in Anwendung kommen. Eine wirksame Bekämpfung ist jedoch nur gewährleistet, wenn alle Fälle, in denen Hunde von der Tollwut befallen oder der Seuche verdächtig sind, sofort angezeigt und alle behördlichen Anordnungen willig und genau befolgt werden. Je bereitwilliger sich die Hundehalter den geltenden Vorschriften unterwerfen, um so früher wird die drohende Gefahr abgewendet und die Aufhebung der Schutzmaßnahmen eingeleitet werden können. Bei diesem Anlaß wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach längst bestehender allgemeiner Vorschrift frei umherlaufende Hunde mit Halsbändern versehen sein müssen, die Namen und Wohnort oder Wohnung des Besitzers des Hundes ersehen lassen, und daß große, raustufige und bisförmige Hunde außerhalb der Wohnung oder des geschlossenen Hofraums des Besitzers einen das Beißen verhindernden Maulkorb zu tragen haben.

Schmaroger.

Wie Mehl verschoben wird, darüber schreibt ein Pforzheimer Geschäftsmann dem „Pforzheimer Anzeiger“ folgendes: Im „Deutschen Tageblatt“ in Berlin steht zu lesen: Die Handelsmühlengesellschaft des Kreises Sangerhausen verschickte 150 Doppelzentner Weizenmehl von Sangerhausen am 16. Juli an ihre eigene Adresse nach dem Bahnhof Westhafen Frankfurt a. M. Während der Wagen nun auf der Eisenbahn rollte, verkaufte die Genossenschaft denselben an die Firma Meier Kleeblatt, Frankfurt a. M. Am 18. Juli veräußerte — alles auf brieflichem Wege — Kleeblatt den Wagen an Balthasar Hattemer, Frankfurt; Hattemer gab die Ware am 19. Juli an die Firma Grünebaum, Fulda weiter; am 23. Grünebaum an Löss Hess II in Dödelheim bei Bidingen, am 24. Hess an Dreifuß in Stodenhäusen und am 25. Dreifuß an Jaak Glauberg in Langenselbold. Von Glauberg sollte das Mehl an die Süddeutsche Handels-Vereinigung A.G. Frankfurt a. M. und von hier an die 1. Würzburger Teigwarenfabrik, Hege u. Steinbrücker in Würzburg gehen. Am 25. traf der Wagen mit dem Mehl im Frankfurter Westhafen-Bahnhof ein, also als bereits sich sieben Hände paare an dem Mehl bereichert hatten. Hier war man auf die Schiebung bereits aufmerksam geworden und benachrichtigte die Wucherpolizei, die dem Wagen beschlagnahmte und den Inhalt im städtischen Lagerhaus des Westhafens sicherstellte. So werden in unerhörter Weise die notwendigsten Lebensmittel des Volkes durch schmarogerische Elemente verschoben und verteuert, denn jeder von diesen überflüssigen Zwischenhändlern streicht bei diesen Geschäften einen erheblichen Gewinn ein.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Von Nordwesten her dringt der angekündigte Luftwirbel rasch bis nach Süddeutschland vor. Am Dienstag und Mittwoch ist noch starke Bewölkung und bei zunehmenden Niederschlägen auch Abkühlung zu erwarten.

Steffani Drehsa.

Roman von Alexandra v. Bosse.

16) „Der verdammte Junge hat also wieder gespielt und verloren“, dachte ärgerlich Rüdiger, aber er war schon entschlossen, Steffani das Geld zu geben, ohne weiter zu fragen. Es war so selten, daß sie mit einer Bitte zu ihm kam. „Ja, wenn das Bedingung ist...“ sagte er mit einem Achselzucken, nahm einen kleinen Schlüssel von seiner Ur-Lette und schloß am Schreibtisch die Lade auf, in der er Bargeld verwahrte. Rasch überzählte er den Inhalt und zuckte wieder die Achseln. „Mußt du es durchaus heute haben?“ „Ja — bitte!“ „Ich habe soviel nicht da, aber ich kann dir einen Scheck geben.“ „Einen Scheck?“ fragte Steffani unsicher, denn sie verstand gar nichts von Gelddingen. „Ja — dafür zahlt die Bank die betreffende Summe aus“, erklärte er. „Dann gib mir, bitte, den Scheck.“ Er setzte sich und schrieb die Summe aus. Ohne aufzusehen fragte er, ob er ihren Namen als den des Empfängers angeben sollte. Obgleich sie nicht wußte, ob das unbedingt nötig war und weil sie ja Ebbos Namen dafür nicht angeben durfte, bejahte sie. „Danke!“ murmelte sie und wurde glühendrot, als er ihr den Scheck übergab und sie dabei mit seinen hellen, klaren, wissenden Augen ansah. Und nun sagte er mit einem freundlichen Lächeln, das sein ernstes Gesicht seltsam verklärte: „Ich gebe es dir gern, Steffani, wenn dir dadurch eine Sorge vom Herzen genommen wird.“ „Danke“, erwiderte sie nochmals mit einem Seufzer der Erleichterung, dann verließ sie leise das Zimmer.

Rüdiger dachte am folgenden Morgen nicht gleich an die Geldfrage, als Steffani ihn beim Frühstück erfuhr, ob sie zu halb zehn Uhr den Wagen haben könnte, um an die Bahn zu fahren, weil sie für einige Stunden in die

Stadt müsse. Ueberrascht fragte er: „Aber was willst du denn bei der Hitze in der Stadt?“

„Ich habe einige Besorgungen“, erwiderte sie. Da fiel ihm der Scheck ein. Gern hätte er ihr die Einlösung abgenommen, aber er zog es vor, kein Wort darüber zu verlieren.

„Wann willst du zurück sein?“ fragte er. „Um zwei Uhr.“ Schnell überlegte er, und dann schlug er vor: „So können wir zusammen fahren, wenn es dir recht ist. Ich habe auch in Dresden etwas zu erledigen.“

„Gut, wie du willst“, erklärte sie sich einverstanden, und er bestellte den Wagen; so fuhren sie zusammen.

Sie stiegen im Europäischen Hof ab, wie gewöhnlich, wenn sie im Wagen zur Stadt kamen, dann ging jedes für sich seinen Besorgungen nach. Steffani löste in einem Bankhaus ihren Scheck ein, gleichgültig schob der Bankbeamte die drei braunen Scheine in einen Umschlag; sie steckte das Geld in ihre Tasche und machte sich gleich auf den Weg nach der Hauptpost, um den Betrag telegraphisch an Ebbos überweisen zu lassen. Als sie vom Altmarkt in die König-Johann-Straße einbog, hörte sie plötzlich rasche Schritte hinter sich, dann wurde leise ihr Name gerufen; sie drehte sich um und sah zu ihrer Ueberraschung Ottokar Treben hinter sich. Er war in Zivil.

„Aber bist du denn nicht im Monöner?“ fragte sie erstaunt.

„Wie du siehst, nicht“, gab er zur Antwort. „Heute ist nämlich Marienfest, und ich habe meinen Zug Seidlitz übergeben, hole die Schwadron morgen im Quartier ein. Ich hatte so rasende Zahnschmerzen, daß ich durchaus zum Zahnarzt mußte, und er hat mir joeben den Plagegeist gezogen. Immer mit der Wurzel heraus, was schmerzt, das ist mein bewährter Grundsatz.“

„Bis du keine Zähne mehr haben wirst.“

„Bis mir keiner mehr weh tut.“ Mit übermäßig tiefem Seufzer fügte er hinzu: „Ich wünschte, man könnte es mit seelischen Schmerzen gerade so machen, aber dafür gibt es kein so einfaches Hilfsmittel.“

„Wie melancholisch!“ spottete Steffani.

„Ach, du ahnst ja nicht... aber wo willst du jetzt hin, Steffani?“

„Zur Hauptpost.“ „Dann begleite ich dich.“

„Oh, laß dich durch mich nicht von Wichtigerem abhalten.“

„Gar nicht, wir haben den gleichen Weg, denn ich will noch rasch nach der Neustadt hinüber und kann auf dem Neumarkt die Straßenbahn nehmen.“

So gingen sie zusammen die König-Johann-Straße hinauf. Der Asphaltbelag glühte in der Sonne, und es war unerträglich heiß; die wenigen Fußgänger in dieser Geschäftsstraße hielten sich im Schatten der Häuser. Steffani ging langsam, und Treben paßte seinen Schritt dem ihren an.

„Bist du mit der Bahn hereingefahren?“ fragte er.

„Nein, wir kamen mit dem Wagen.“

„Also Rüdiger auch. Uebrigens unbegreiflich, daß er sich noch keinen Kraftwagen angeschafft hat.“

„Rüdiger hat doch in Dedensheid das Gestüt, da werden nicht nur Remonten gezüchtet, sondern auch leichte Wagenpferde, und da fühlte er sich verpflichtet, Pferde Wagen beizubehalten.“

„Aber für dich wäre ein Kraftwagen viel bequemer gerade in Dohmed.“

„Vielleicht — aber es geht auch so.“

„Es geht auch so!“ wiederholte er mit eigener Nachdruck. „Du bist viel zu bescheiden, Steffi, du könntest verlangen, daß Rüdiger mehr Rücksicht auf dich nimmt... auf sein Gestüt. Ich an seiner Stelle...“

„Ach was“, unterbrach sie ihn, und eine feine Rote stieg dabei in ihren Wangen auf, „ich fahre gern im Wagen, ich liebe Pferde sehr, und wenn Rüdiger selbst fährt, dann ist es ein wahres Vergnügen anzusehen wie die jungen Tiere jedem Druck seiner Hand gehorchen.“

„Wie du willst, Steffi, ich hätte nie gedacht, daß du, die früher so eigenwillig war, dich einmal von deinem Mann so unterkriegen lassen würdest.“

(Fortsetzung)

Verfallene Briefmarken.

Alle Freimarken im Einzelwerte von weniger als 100 Mark verlieren mit Ablauf des 30. September ihre Gültigkeit. In den Händen der Bevölkerung befindliche, nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis Ende Oktober 1923 an den Schaltern der Postanstalten bar oder gegen andere Freimarken eingelöst, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Gesamtwert von 1000 M vorgelegt werden.

(ECB.) Stuttgart, 15. Sept. Die Zahl der Unterstützung beziehenden Erwerbslosen im Stadtbezirk Stuttgart betrug zu Beginn des Monats August 417 männliche und 50 weibliche Personen. Neu hinzugekommen sind 730 männliche und 114 weibliche Personen. Ausgeschieden sind im Laufe des Monats 321 männliche und 40 weibliche Personen, sodass Ende August 826 männliche und 124 weibliche Erwerbslose vorhanden waren. Bei den Männern ergibt sich somit eine Zunahme um 409, bei den Frauen um 74 Personen. — Seit Beginn ds. Mts. nimmt die Zahl der Erwerbslosen stetig zu. Am 12. Sept. standen bereits 1194 männliche und 160 weibliche Erwerbslose in Unterstützung. Die Kurzarbeiter sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

(ECB.) Dunningen O. Rottweil, 15. Sept. Ein verheirateter Bürger wurde auf der Bühne seines Hauses erhängt aufgefunden. Zeichen von Schwermut, die bei ihm bemerkt wurden, lassen darauf schließen, daß diese Krankheit der Grund der Tat bildete.

(ECB.) Heidenheim, 15. Sept. Die Landwirte des Bezirks werden vom Oberamt ersucht, den Markt möglichst bald und reichlich mit Getreide zu versorgen. — Die Amtslörperschaft ist genötigt, eine Nachumlage von 80 Milliarden zu machen; wovon die Gesamtgemeinde Heidenheim die Hälfte trifft. — Vom Gemeinderat wurde die Hundesteuer ab 1. Okt. auf 30 Mill. für den ersten, 60 Mill. für den zweiten und 90 Mill. für den dritten Hund desselben Besitzers festgesetzt. Die Einwohnersteuer wird von 10 000 auf 300 000 M erhöht. — Vor kurzer Zeit wurde hier im Gasthof zum scharfen Eck eine Spielwarenfabrik gegründet, für deren Arbeiter schon in der ersten Woche des Bestehens Kurzarbeiterunterstützung in Anspruch genommen wurde.

(ECB.) Von der Alb, 14. Sept. Die Getreide- und Dehmdernete ist über die ganze Alb unter Dach und

Fach. Bei durchaus günstigem Erntewetter konnten Palmfrüchte und Futter ungemein rasch eingebracht werden. Die Brotfruchternte kann an Menge und Güte von Körnern und Stroh geradezu glänzend genannt werden. Auch Gerste und Haber sind kaum hinter einem Durchschnittsertrag zurückgeblieben. Der Dehmdernete ist vielfach wesentlich besser ausgefallen, als man angenommen hatte; auf vielen Plätzen haben die im August niedergegangenen Regen noch ihre Wirkung gehabt. Dabei muß trotz des Futterausfalls in Anschlag gebracht werden, wie nährkräftig in solch trockenen Jahrgängen das Futter ist. — Auf der Alb haben die Kartoffelstöße durch die lange Trockenheit kaum gelitten; in überraschender Frische haben sie auch auf den rauhesten Plätzen die Dürre überdauert. Der ziemlich reichliche Knollenansatz ist freilich in der Entwicklung stehen geblieben. Doch seitdem der Boden einige Feuchtigkeit erhalten hat, weist das Wachstum Fortschritte auf. Wenn man mit der Kartoffelernte noch gemessene Zeit zögert und wenn nicht zu frühe Fröste das Wachstum stilllegen, wird die Kartoffelernte auf der Alb wesentlich günstiger ausfallen, als man befürchtete.

(ECB.) Tettnang, 14. Sept. Der ruhige Einkauf in Hopfen wird fortgesetzt. Bezahlt wurden gestern bis 4,5 Milliarden. Es sollen auch noch höhere Preise angelegt worden sein.

(ECB.) Friedrichshafen, 15. Sept. In der Angelegenheit der Namensänderung der drei Dampfer ist eine Verfügung ergangen, derzufolge zunächst weitere Schritte nicht unternommen werden. Wie das „Seebblatt“ hört, geschah die Entfernung von Buchstaben der Namensbezeichnung des Dampfers „König Wilhelm“, der auf der Werft liegt, zum Zweck der Reinigung und Neubemalung des Schiffskörpers. Die Umtaufe ist vorläufig sifiziert und nicht dringlich, da die drei Schiffe längere Zeit zur Reparatur und Ausbesserung still liegen. Bis nach Beendigung dieser Arbeiten wird es sich dann zeigen, was das Verkehrsministerium zu tun gedenkt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Wechselkurs der Reichsbank.

Berlin, 15. Sept. (Wolff.) Die Reichsbank hat den Wechselkurs auf 90 Prozent und den Lombardzinsfuß auf 10 Prozent festgesetzt.

Der Zinsfuß der Darlehenskassen.

Berlin, 15. Sept. Der Zinsfuß der Darlehnskassen beträgt von heute ab allgemein: 1. für Darlehen ohne Entwertungsklausel jährlich 108 Prozent, 2. für Darlehen mit Entwertungsklausel jährlich 10 Prozent. Die bisher gewährte Ermäßigung der Zinsätze für sogenannte Vorzugsdarlehen fällt künftig fort.

Das vorläufige Ergebnis der Goldanleihe.

Berlin, 15. Sept. (Wolff.) Wie den Zeitungen von zuständiger Seite mitgeteilt wird, steht der Schluß der Zeichnung der wertbeständigen (Gold)-Anleihe in zwei Tagen bevor. Hiernach wird der reguläre Handel an der Börse für diese Anleihe in die Wege geleitet. Bei den Girozentralen und Sparass'n sind Goldkonten zur Erleichterung der Zeichnungen errichtet. Das vorläufige Resultat der Goldanleihe, das sich noch erhöhen dürfte, wird mit 75 Millionen Goldmark genannt und als befriedigend bezeichnet. Die Anleihe wird künftig an allen Wochentagen außer Samstags gehandelt.

Eine Roggenwährung als Uebergangswährung?

Berlin, 15. Sept. Der „Zeit“ zufolge soll nach einem Kabinettsbeschlusse eine Roggenwährung geschaffen werden, die als Uebergangswährung mit einer Gültigkeit bis zum Schluß des Erntejahres gedacht sei. Alsdann solle diese Währung gegen Zahlungsmittel der Goldnotenbank eingetauscht werden. Die Roggenwährung sei in der Hauptsache als Zahlungsmittel zum Kauf landwirtschaftlicher Produkte gedacht.

Märkte.

(ECB.) Rottweil, 15. Sept. Dem sog. Heiligkreuzmarkt waren zugeführt: 225 Pferde, 34 Farren, 171 Döfeln, 120 Kühe, 454 Rinder, im ganzen 1004 Stück. Pferde kosteten 2-12 Milliarden pro Stück, Farren 4-10 Milliarden pro Stück, Döfeln 19-21 Milliarden pro Paar, sog. Ansehlinge 9-15 Milliarden pro Paar, Kühe 5-8 Milliarden pro Stück, Rinder, ältere 3-6 Milliarden, jüngere 1-3 1/2 Milliarden, je pro Stück, Kalbinnen 6-9 Milliarden pro Stück. Der Handel war infolge der hohen Preise flau. Ferner waren 358 Milchschweine und ein Läufer auf dem Markt. Bezahlt wurden für Milchschweine pro Paar 150-200 Millionen. Der Läufer blieb unverkauft. Der Handel war ebenfalls flau.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw, Druck und Verlag der W. Döschinger'schen Buchdruckerei, Calw.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Wie bereits bekannt gegeben, betragen die Ermäßigungen ab 1. September 1923 das 15fache der Augustermäßigungen.

Der nach Vornahme der Ermäßigungen einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle 1000 Mark nach unten abzurunden.

§ 41 Abs. 1 Satz 1 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn erhält folgende Fassung:

„Das Finanzamt kann auf Antrag einzelnen Arbeitgeber gestatten, daß sie die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung für Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis zum 10. eines Kalendermonats bis zum 15., für Lohnzahlungen in der Zeit vom 11. bis zum 20. eines Kalendermonats bis zum 25. dieses Kalendermonats, für Lohnzahlungen in der Zeit vom 21. bis zum Schluß eines Kalendermonats bis zum 5. des folgenden Kalendermonats einkleben und entwerten.“

§ 50 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Auf Antrag kann das Finanzamt gestatten, daß die Abführung (Einzahlung oder Ueberweisung) der einbehaltenen Beträge statt nach jeder Lohnzahlung für Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis zum 10. eines Kalendermonats bis zum 15., für Lohnzahlungen in der Zeit vom 11. bis zum 20. eines Kalendermonats bis zum 25. dieses Kalendermonats, für Lohnzahlungen in der Zeit vom 21. bis zum Schluß eines Kalendermonats bis zum 5. des folgenden Kalendermonats erfolgt.“

Im Muster 3 c werden die Worte

1. bis 15. 16. bis Ende
1. bis 10. 11. bis 20. ersetzt.
21. bis Ende

Diese Bestimmungen treten am 1. September 1923 in Kraft. In diesem Zusammenhang sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Betriebssteuer auf 5., 15. und 25. jeden Monats abzuliefern ist. Bei nicht rechtzeitiger Entrichtung werden Zuschläge nach dem Steuerzinsgesetz erhoben und zwar vom Tage der Fälligkeit ab. Hervorgehoben wird noch, daß auf Antrag jederzeit vom Marken- zum Ueberweisungsverfahren übergegangen werden kann, dagegen ist der Uebergang vom Ueberweisungs- zum Markenverfahren nicht zulässig.

Hiesau, den 11. September 1923.

Finanzamt

i. B. Eisele St.-Insp.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

An unsere Leser!

Die in überstürztem Tempo vor sich gehende Entwertung unserer Papiermark steigert sämtliche Ausgaben der Zeitungsverlage ins ungeheure. Ein Preis, der in der vorigen Woche noch angemessen erschien, ist heute infolge des Steigens der Goldvaluten fast lächerlich billig. Die Zeitungsverlage können naturgemäß die Entwicklung unseres Geldes so wenig wie irgend ein anderer voraussehen. Sie müssen vielmehr ihrer Berechnung den heutigen Stand der Preise und Löhne zugrunde legen, ohne die im Laufe der Bezugswoche sich ergebende Teuerung, die in dieser Woche hundert und mehr Prozent betrug, berücksichtigen zu können. So ist beispielsweise der Wert eines Wagens Papier im Laufe dieser einen Woche von 8,7 Milliarden auf fast 30 Milliarden, der Lohn eines Buchdruckergehilfen von 57 Millionen auf 110 Millionen gestiegen und wird in der laufenden Woche 300 Millionen Mark betragen. Im gleichen Verhältnis stehen die Steigerungen aller anderen Ausgaben. Bei der Festsetzung des Bezugspreises für die Woche vom 17. bis 23. September haben wir uns, wie früher immer, von der Absicht leiten lassen, jedem den Bezug unserer Zeitung zu ermöglichen und dementsprechend den Preis so niedrig gestellt, wie es nur irgend möglich war. Wir wissen, daß unser Preis sogar verlustbringend für uns sein wird.

Der wöchentliche Bezugspreis beträgt heute Mk. 3 000 000.—, wir werden somit bei unseren Beziehern für die

zweite Hälfte des Monats September Mark 6 000 000.—

erheben lassen. Wir bitten unsere Bezieser höflichst, diesen Betrag bereitzuhalten und dadurch sowohl unserem Trägerpersonal wie den Briefträgern das schwierige Geschäft des Einkassierens zu erleichtern.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Rundholz all. Stärken sowie Baustangen

kaufen fortwährend

Sensfried & Lutz, Bad Teinach.

Zwei fleißige Mädchen für Zimmer- und Hausarbeit auf 1. oder 15. Oktober gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Der Darlehenskassenverein Calw e. G. m. u. H. hat sich aufgelöst.

Die Gläubiger werden aufgefordert sich bei dem Verein zu melden. Den Schuldneern wird auf 1. Dezbr. gekündigt. Kassentunden am 1. Montag jedes Monats von 4-6 Uhr. Darlehenskassenverein Calw e. G. m. u. H. in Liquidation. Baenschle - Silber - Schleich Herzog - Medhammer.

Dachshündin

9 Monate alt, verkauft. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Stadtgemeinde Calw.

Am Mittwoch, den 19. September 1923 sind wegen Hauptreinigung die Kanzleien des Stadtschultheißenamts geschlossen.

Calw, den 15. September 1923. Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtgemeinde Calw.

Gebäudebrandversicherung.

Für 1923 wird bei Gebäuden III. Klasse eine Nachumlage in Höhe von 1500 Mark pro 100 Mark Brandversicherungsansatz erhoben, die bis spätestens 1. Nov. 1923 bezahlt werden muß.

Näheres über die Feuerungsversicherungen ist am Rathaus angeschlagen.

Calw, den 15. September 1923. Stadtschultheißenamt: Göhner.

Liebelsberg.



Langholz-Berkauf.

Die Gemeinde bringt im Submissionsweg nach den Zahlungsbedingungen des Waldbesitzerverbandes zum Verkauf: Forchen: 6,47 Fm. III., 0,58 Fm. IV., 1,41 Fm. V. Al.; 1,36 Fm. II. Al. Stäbholz: Fichten: 2,86 Fm. II., 14,07 Fm. III., 15,09 Fm. IV., 2,59 Fm. V. Al.

Schriftliche Angebote in ganzen Prozenten der neuen Landesgrundlage vom August 1923 sind bis Freitag, den 21. ds. Mts. nachmittags 2 Uhr beim Schultheißenamt unterschrieben einzureichen.

Gemeinderat.

Für 18 Pfund Weizen oder 24 Pfund Haber erhalten Sie das

Calwer Tagblatt ein ganzes Vierteljahr.

Bei dieser Bezugsart ist jegliche Nachforderung ausgeschlossen.